



Regulierung

Bürokratieabbau: Erster Schritt ist getan, **weitere müssen folgen**

27.11.2025

Auf einen Blick

- economiesuisse begrüsst, dass der Bundesrat Massnahmen zum Bürokratieabbau ergriffen hat. Die Massnahmen müssen nun rasch umgesetzt werden.
- Es müssen weitere Entlastungen folgen, denn der Standort steht unter erheblichem Druck.
- Auch das Parlament ist gefordert, keine neuen Belastungen zu beschliessen.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 26. November 2025 ein erstes Paket mit konkreten Entlastungsmassnahmen präsentiert. Dabei wurden rund 28 Massnahmen beschlossen, welche die Unternehmen entlasten sollen. Zusätzlich wurden 32 potenzielle Vorhaben identifiziert, die die Wirtschaft in Zukunft belasten würden und auf deren Umsetzung vorerst verzichtet werden soll.

Die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen stellen einen wichtigen ersten Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts dar. *economiesuisse* begrüsst, dass der Bundesrat den Handlungsbedarf erkennt und entsprechende Massnahmen ergreifen will. Es ist erfreulich, dass der Bundesrat verschiedene Vorschläge der Wirtschaft aufgenommen hat und nun konkrete Massnahmen umsetzen will, um Bürokratie abzubauen und die Unternehmen zu entlasten. Dies ist angesichts des aktuellen wirtschaftlichen Drucks von besonderer Relevanz.

Gleichzeitig ist positiv hervorzuheben, dass sämtliche Departemente in den Prozess eingebunden sind. Deregulierung muss als gemeinsame Verantwortung des Bundesrats betrachtet werden und darf nicht allein dem SECO übertragen werden. Die Forderung nach einer departementsübergreifenden Herangehensweise hatte *economiesuisse* bereits anlässlich der Bundesratsklausur im August adressiert.

Verschiedene Massnahmen der Wirtschaft wurden berücksichtigt

economiesuisse hat dem Bundesrat verschiedene Vorschläge für mögliche Massnahmen zum Bürokratieabbau unterbreitet. Ein Teil davon wurde nun im ersten Paket berücksichtigt. So umfasst das Paket verschiedene Massnahmen im Bereich der Digitalisierung der Behördengängen wie beispielsweise die Anpassungen in der Handelsregisterverordnung, die Erleichterung bei der Ausstellung elektronischer Identitäten für Unternehmen sowie die Akzeptanz elektronischer Signaturen im B2G-Verkehr. Eine konsequente Digitalisierung und Standardisierung aller Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung ist ein wichtiger Hebel zur Reduktion von administrativem Aufwand. Leider hat die Schweiz in diesem Bereich in den letzten zehn Jahren geschlafen. Gerade in der Digitalisierung hätten diese Prozesse eigentlich schon lange umgesetzt sein sollen und nicht erst im Jahr 2025 angestossen werden.

Positiv hervorzuheben sind unter anderem auch die Ausnahme für Unternehmen mit Hochtemperaturanwendungen hinsichtlich der CO₂-Verordnung, die Reduktion von Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung im Energiebereich oder die Vereinfachung des Verfahrens zur Beantragung von Kurzarbeitsentschädigung. Damit werden zentrale Forderungen der Wirtschaft aufgenommen, welche nun aber auch umgesetzt werden müssen.

Grosses Potential für weitere Entlastungsmassnahmen

Bürokratieabbau ist ein Marathon und kein Sprint. Es gibt weiterhin erhebliches Potenzial für weitere Entlastungsmassnahmen. Eine kürzlich publiziert Studie zeigt, dass über 30 Milliarden Franken Bürokratiekosten pro Jahr vermieden werden könnten, wenn Verwaltungsprozesse effizienter und digitaler gestaltet würden. Das vom Bundesrat beschlossene Paket macht einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Jedoch werden wir damit keine 30 Milliarden an Bürokratiekosten einsparen können.

Verschiedene andere Forderungen der Wirtschaft wurden im ersten Paket noch nicht berücksichtigt. So hat der Bundesrat unter anderem keine Massnahmen

bezüglich der Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) beschlossen. Diese sollte aus sich der Wirtschaft sofort aufgehoben werden. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen muss weiterhin prioritär behandelt und weitere Entlastungen in einem nächsten Massnahmenpaket aufgenommen werden. Hierfür braucht es einen gemeinsamen Effort von Bundesrat, Parlament und Verwaltung. Die Wirtschaft wird sich weiterhin konstruktiv mit konkreten Vorschlägen einbringen.

Politik ist gefordert, keine neuen Belastungen zu beschliessen

Es ist erfreulich: Der Bundesrat hat den Ernst der Lage erkannt und entsprechend gehandelt. Nun ist aber auch das Parlament am Zug und muss seinen Beitrag leisten. Die angekündigten Massnahmen helfen wenig, wenn die Politik gleichzeitig neue Belastungen beschliesst. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Schweiz bleibt unter Druck und der Handlungsbedarf bleibt auch mit diesem ersten Paket bestehen. Das Parlament ist daher gefordert, den Weckruf ernst zu nehmen und dazu beizutragen, die Unternehmen rasch zu entlasten.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Guido Saurer

Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung